BGH: Zulässige Bildberichterstattung über ehemaligen Bundespräsidenten

KUG §§ 22, 23; BGB §§ 823 I, 1004 I

Zur Zulässigkeit einer ohne Einwilligung erfolgten Veröffentlichung von Fotos, die ein ehemaliges Staatsoberhaupt nach einem Großeinkauf auf dem Parkplatz eines Supermarktes zeigen.

Veröffentlicht eine Zeitung der Regenbogenpresse eine Aufnahme, die einen ehemaligen ranghohen Politiker zeigt, handelt es sich, obwohl die Amtszeit schon länger zurückliegt, nicht um eine Verletzung des Persönlichkeitsrechts, da das überwiegende öffentliche Interesse an der Person noch fortwirkt. (Leitsatz 2 vom Autor)

BGH, Urteil vom 06.02.2018 - VI ZR 76/17 (OLG Köln), NJW 2018, 1820

Anmerkung von Prof. Dr. Georgios Gounalakis

1. Problembeschreibung

Der unter anderem für Ansprüche aus dem Recht am eigenen Bild zuständige 6. Zivilsenat des BGH beschäftigt sich mit der Frage, ob die Veröffentlichung von Bildern, die den ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff bei einem Supermarkteinkauf zeigen, zulässig ist. Im Unterschied zur Vorinstanz sah der BGH in der Veröffentlichung der Bilder keine Verletzung der Privatsphäre des „Altbundespräsidenten“ und verneint damit einen Unterlassungsanspruch in Hinblick auf die Veröffentlichung der Bilder auf Grundlage von §§ 823 I, 1004 BGB analog.

Problematisch ist, ob die in der Wochenzeitschrift PEOPLE veröffentlichten Bilder noch dem Bereich der Zeitgeschichte (§ 23 I Nr. 1 KUG) zugeordnet werden konnten und deshalb ohne Einwilligung des Betroffenen verbreitet werden durften oder eine Persönlichkeitsrechtsverletzung des Altbundespräsidenten darstellten.

Dazu arbeitet der Senat die gefestigte Rechtsprechung zum abgestuften Schutzkonzept der §§ 22, 23 KUG heraus (s. Urteilsbegründung Rn. 10 mwN). Bildnisse einer Person dürfen grundsätzlich nur mit deren Einwilligung veröffentlicht und verbreitet werden. Ist eine Einwilligung nicht erfolgt, ist eine Veröffentlichung grundsätzlich nur zulässig, wenn das Bildnis dem Bereich der Zeitgeschichte zugeordnet ist (§ 23 I Nr. 1 KUG) und die Veröffentlichung berechnete Interessen des Betroffenen nicht verletzt (§ 23 II KUG).

Die Vorinstanz habe die „in besonderer Weise herausgehobene Stellung“ des Altbundespräsidenten, den Zusammenhang der Bildberichterstattung sowie das Ausmaß der in der Vergangenheit praktizierten Selbstöffnung nicht ausreichend berücksichtigt, sodass die Abwägung rechtsfehlerhaft stattgefunden habe.

Im Ergebnis folgt der Senat seiner ständigen Rechtsprechung zum abgestuften Schutzkonzept. Im „Vorverhalten“ von Christian Wulff (Selbstöffnung) und dem Kontext der Berichterstattung (Belegfunktion der Bilder zum Begleittext über die Wende im Beziehungsleben von Christian Wulff) sieht der BGH ausreichende Gründe, die die Abwägung zu Gunsten der Pressefreiheit ausfallen lassen. Hinzu kommt, dass nach Ansicht des Senats das berechnete öffentliche Interesse an einer Person nicht schon mit dem Ausscheiden aus dem Amt endet, sondern die besondere Bedeutung hieran nachwirkt.

2. Rechtliche Wertung

Zunächst stellt der Senat zutreffend fest, dass die Zulässigkeit der streitgegenständlichen Berichterstattung mit der gefestigten Rechtsprechung nach dem abgestuften Schutzkonzept der §§ 22, 23

KUG zu beurteilen ist. Diese steht sowohl mit den verfassungsrechtlichen Vorgaben (*BVerfGE* 120, 180 [210]) als auch mit der Rechtsprechung des *EGMR* (*EGMR*, NJW 2012, 1053 = GRUR 2012, 745 Rn. 114 ff.) im Einklang.

Da eine Einwilligung des Altbundespräsidenten nach § 22 S. 1 KUG nicht vorlag, prüft der *Senat*, ob es sich um ein Bildnis aus dem Bereich der Zeitgeschichte handelt (§ 23 I Nr. 1 KUG). Werden Bildnisse nämlich ohne Einwilligung des Abgebildeten veröffentlicht, stellt dies grundsätzlich eine rechtfertigungsbedürftige Beschränkung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts dar. Ob ein Bildnis dem Bereich der Zeitgeschichte zugeordnet werden kann, ist Gegenstand einer Abwägung zwischen dem Recht des Abgebildeten aus Art. 2 I iVm Art. 1 I GG, Art. 8 EMRK auf der einen und dem Recht der Presse aus Art. 5 I GG, Art. 10 EMRK auf der anderen Seite.

Zu Recht verweist der *Senat* auf das gesteigerte Informationsinteresse der Öffentlichkeit am Alltagsleben sowie den Umständen des privaten Lebens von Christian Wulff als ehemaligem Inhaber des höchsten Staatsamts der Bundesrepublik Deutschland. Richtig ist auch, dass dieses berechnete öffentliche Interesse an seiner Person nicht mit Ausscheiden aus dem Amt endet, sondern über seine Amtszeit hinaus nachwirkt. Dies wird nachvollziehbar damit begründet, dass die Öffentlichkeit ein berechtigtes Interesse daran hat zu erfahren, wie ein hochrangiger Politiker „sein Leben nach dem Abschied aus der Politik gestaltet“. Auch die nachamtliche Versorgung (Ehrensold) spielt dabei ebenso eine Rolle wie die vielfältigen öffentlichen Verpflichtungen, die Christian Wulff auf seiner Internetpräsenz selbst der Öffentlichkeit mitteilt. Damit kommt ihm trotz des Amtsverlusts noch Leitbild- und Kontrastfunktion zu, die Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung ist.

Zutreffend sieht der *Senat* mit der gleichen Begründung auch in der zugehörigen Textberichterstattung ein zeitgeschichtliches Ereignis, das durch die Bildberichterstattung untermalt wird.

3. Praktische Folgen

Mit dem Urteil setzt der *BGH* seine Rechtsprechung zur ehemaligen Ministerpräsidentin Heide Simonis fort (*BGHZ* 177, 119 = NJW 2008, 3134 = GRUR 2008, 1017 – Einkaufsbummel direkt nach Abwahl), wonach auch an ehemaligen Inhabern politischer Ämtern noch ein schützenswertes öffentliches Informationsinteresse bestehen kann und erweitert sie auf Fälle, in denen das Ausscheiden aus dem Amt sogar mehrere Jahre zurückliegt.

Bei der Ermittlung des „Bereichs der Zeitgeschichte“ begründet der *Senat* im Rahmen einer umfassenden Güterabwägung auf „zweiter Stufe“ den Vorrang der durch Art. 5 I GG geschützten Pressefreiheit: aufgrund der „herausgehobenen politischen Bedeutung“ von Christian Wulff als ehemaligem Inhaber des höchsten Staatsamtes der Bundesrepublik Deutschland bestehe ein berechtigtes Informationsinteresse der Öffentlichkeit an seiner Person.

Dabei wird klargestellt, das öffentliche Interesse an hohen politischen Ämtern kann noch einige Zeit nachwirken. Ehemalige ranghohe Politiker müssen also damit rechnen, dass Bildnisse von ihnen zulässigerweise in der Boulevardpresse im Einzelfall – je nach dem Grad ihrer politischen Bedeutung – noch Jahre nach Aufgabe der politischen Funktion veröffentlicht werden können.

Zudem stellt das Urteil klar, dass das Vorverhalten des Abgebildeten nicht von unerheblicher Bedeutung ist. So fußt die Begründung des *Senats* auch auf dem vorherigen In-die-Öffentlichkeit-Treten von Christian Wulff. Will ein ehemaliger Politiker also nicht in der Presse abgebildet werden, sollte er darauf verzichten, selbst oder durch Pressemitteilungen über sein Privatleben zu berichten.

Letztendlich verlangt die Beantwortung der Frage der Zulässigkeit einer Bildberichterstattung aber auch künftig eine einzelfallbezogene, umfassende Abwägung zwischen der Pressefreiheit und dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Betroffenen.

Professor *Dr. Georgios Gounalakis* ist Inhaber der Professur für Bürgerliches Recht, Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Medienrecht an der Philipps-Universität Marburg.

Zitiervorschlag:

BGH Urt. v. 6.2.2018 – VI ZR 76/17, LMK 2018, 406414